



Berthold Huber
Erster Vorsitzender der IG Metall

21. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall
4. bis 10. November 2007 in Leipzig

Zukunftsreferat

„Zukunft braucht Gerechtigkeit“

- I. Gerechtigkeit – der Auftrag der Gewerkschaften bleibt aktuell
- II. Gerechtigkeit global und europaweit – Internationale Gewerkschaftsarbeit
- III. Tarif- und Betriebspolitik der IG Metall - Praktischer Einsatz für Gerechtigkeit
- IV. Einheitsgewerkschaft IG Metall – Anforderungen an eine zukunftsfähige Politik
 - 1. Ökologische Industriepolitik
 - 2. Bildungspolitik und Ausbildung
 - 3. Geschlechtergerechtigkeit
 - 4. Für einen starken Sozialstaat
 - 5. Generationengerechtigkeit
- V. Eine Gewerkschaft für alle – Organisationspolitik von IG Metall und DGB
- VI. Die Mitgliederfrage ist zentral - Zukunft braucht Gerechtigkeit und eine starke IG Metall

Es gilt das gesprochene Wort!

I. Gerechtigkeit – der Auftrag der Gewerkschaften bleibt aktuell

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

selbst ernannte Kämpferinnen und Kämpfer für Gerechtigkeit gibt es heute viele. Sie haben sich mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 2005 explosionsartig vermehrt. Vor Überraschungen ist man da nicht gefeit. „In Deutschland ist viel die Rede von sozialer Gerechtigkeit und das ist auch gut so!“ Das hat ausgerechnet Guido Westerwelle auf dem diesjährigen FDP-Bundesparteitag erklärt.

Wenn schon er Gerechtigkeit bemüht, dann weiß man zumindest, dass das Thema Konjunktur hat. Seine Inhalte bleiben dunkel. So ist das häufig, wenn Politik und Medien ein Thema wieder entdecken. Jahrelang wurde, um eine Metapher von Albert Camus aufzugreifen, die Gerechtigkeitsfrage wie eine ungeliebte alte Tante behandelt. Eine Tante, die man auf dem Dachboden versteckt, wenn die Verwandtschaft zu Besuch kommt.

Erst nachdem die Angehörigen fordern „die Gute soll dabei sein“, holt man sie wieder dazu. Stellt sie in den Mittelpunkt der Familienrunde und versucht mit Schmeicheleien, das Geschehene wieder ungeschehen zu machen.

Ob sich die Bürgerinnen und Bürger davon beeindrucken lassen, darf man bezweifeln. Ihre Unsicherheit sitzt tief:

- Wenn Konzerne Rekordergebnisse verkünden und gleichzeitig den Abbau von tausenden Arbeitsplätzen.
- Wenn Menschen unverschuldet arbeitslos werden und nach einem Jahr ihre Ersparnisse angreifen müssen. 20.000, 30.000 Euro, mühsam auf die Seite gelegt für das Alter. Und dann einfach weg!
- Wenn – Helmut Schmidt hat darauf hingewiesen –im letzten Jahr insgesamt 36 Milliarden Dollar ausgeschüttet werden. Nur an die Vorstände und Mitarbeiter der fünf größten amerikanischen Investmenthäuser!
- Und wenn aus einer Erhebung des DIW hervorgeht – die heute, ganz aktuell vorgestellt wird: Die reichsten zehn Prozent der Deutschen besitzen fast zwei Drittel des Volksvermögens. Während die Hälfte der Bürger – ich zitiere jetzt wörtlich – „so gut wie nichts“ besitzt.

dann löst das tiefe Erschütterungen bei den Menschen aus. „Geht es in Deutschland gerecht zu?“ ist im Deutschlandtrend am vergangenen Freitag gefragt worden: 52 Prozent der Menschen haben mit „Nein“ geantwortet. Und sie haben recht!

Zukunft braucht aber Gerechtigkeit, Kolleginnen und Kollegen! Darum muss die IG Metall, müssen alle DGB-Gewerkschaften in der Gerechtigkeitsfrage weiter standhaft bleiben! Selbst wenn uns der Wind eisig ins Gesicht bläst! Wir stehen immer für Gerechtigkeit und nicht nur dann, wenn es in Mode ist!

Der Einsatz für gerechte Verhältnisse ist seit unseren Gründungstagen Kern unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Das ist natürlich eine materielle Frage. Aber es ist weitaus

mehr! Gerechtigkeit und Freiheit sind untrennbar. Gerechtigkeit ohne Freiheit wird es niemals geben. Und Freiheit ohne Gerechtigkeit ist Freiheit nur für Vermögensbesitzer und Bestverdiener. Das ist nicht die Freiheit, die wir meinen!

Die sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Menschen sind die Voraussetzung, das Leben selbstbestimmt führen zu können. In unserer Geschichte haben wir dafür viele Auseinandersetzungen geführt. Wir haben immer die Verpflichtung, für Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft einzustehen:

- Vermögen und Einkommen müssen gerecht verteilt werden! Über alle Gruppen unserer Gesellschaft hinweg!
- Herkunft oder familiärer Wohlstand dürfen nicht über Aufstiegschancen und Teilhabe entscheiden. Wir wollen Chancengleichheit für alle!

Und Gerechtigkeit braucht starke Gewerkschaften! Gerechtigkeit hat dann eine gute Zukunft, wenn wir selbst genügend Kraft entwickeln. Die angebliche Alternative „gesellschaftspolitisches Mandat der IG Metall“ oder „Reduzierung auf das so genannte „Kerngeschäft“ gibt es nicht. Solche falschen Gegenüberstellungen vernebeln die anstehenden Aufgaben.

Die IG Metall hat ihre Basis in den Betrieben. Wir müssen deshalb unsere Tarif- und Betriebspolitik kompetent gestalten, Mitglieder gewinnen und sie beteiligen. Nur unter dieser Voraussetzung können wir erfolgreich gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen führen. Als unabhängige und selbstbewusste IG Metall! Das ist mein Verständnis einer erfolgreichen Gewerkschaftspolitik!

II. Gerechtigkeit global und europaweit – Internationale Gewerkschaftsarbeit

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gerechte Lebensverhältnisse zu erreichen, das ist schon für Deutschland eine große Herausforderung. Europaweit oder gar weltweit – und nur das kann unser Anspruch im Zeitalter der Globalisierung sein – ist das ein gewaltiges Unterfangen. Mir fällt kein schwierigeres, aber auch kein lohnenderes Ziel ein!

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten 20 Jahren tiefgehend verändert. Die technischen Innovationen sind enorm, ihre Dynamik gigantisch. Nach dem Fall der Mauer ist bis auf einige kleine Enklaven der Weltmarkt hergestellt worden. Die großen Unternehmen haben sich global vernetzt. Osteuropa, Russland, China, Indien entwickeln sich rasant.

Maßgebliche Teile von Politik und Wirtschaft nutzen diese Veränderungen, um auf einen ungebremsten Kapitalismus zu setzen. Shareholder Value ist das Schlüsselwort. Was zählt, ist das Interesse der Kapitalbesitzer. Kurzfristig höchster Profit! Um jeden auch unmenschlichen Preis! Selbst wenn Unternehmen Gewinne machen, bedeutet das keinen Schutz für die Beschäftigten. Das entfaltet sich heute in den Betrieben mit voller Wucht.

Bedroht sind Arbeitsplätze, Standorte, oft sogar grundlegende Menschen- und Arbeitnehmerrechte. Wenn wir hier nicht eingreifen, wenn wir hier nichts ändern, zahlen wir am Ende einen nicht vorstellbaren Preis!

Ich habe den Eindruck, viele Menschen haben überhaupt noch nicht erfasst, was ungebremster Kapitalismus wirklich heißt: Konflikte um Rohstoffe und lebenswichtige Ressourcen wie Wasser, wie Energie werden sich zuspitzen. Die Ungerechtigkeit auf unserer einen Welt wird zunehmen. Kriege und fragile Nationalstaaten in weiten Teilen der Welt werden die Folge sein. Uns muss klar sein: Wo Staatlichkeit aufhört, regiert allein das Recht des Stärkeren. Herrschen Not, Elend und Gewalt!

Das ist das Gegenteil einer gerechten Zukunft! Wir wollen, dass alle Menschen in allen Teilen der Welt in Frieden leben können. Ohne Hunger, Krieg und Elend! Dem Leiden der Menschen, ihrer Erniedrigung muss Einhalt geboten werden!

Das ist seit Anbeginn der Menschheitsgeschichte die Wurzel unserer Empörung! Die Wurzel des Widerstands gegen ungerechte Verhältnisse. Der Antrieb, heute mit unseren Mitteln und in unserer Zeit für Gerechtigkeit zu streiten! Der radikalisierte Kapitalismus muss dafür zivilisiert werden! Menschen- und Arbeitnehmerrechte sind nicht verhandelbar!

Die IG Metall wird die Diskussion und Zusammenarbeit mit den politischen Parteien suchen. Und mit anderen gesellschaftlichen Gruppen: mit Kirchen, mit NGOs, mit Sozialverbänden, mit sozialen Bewegungen. Im Einsatz für eine gerechte Welt sind alle Kräfte gefordert!

Die IG Metall will ihren Beitrag dazu leisten. Am wirkungsvollsten dort, wo wir unsere Ziele durchsetzen können! Darum streiten wir gemeinsam mit unseren Brüdern und Schwestern im Internationalen Metallgewerkschaftsbund für weltweite Arbeitnehmerrechte:

- Für das Recht auf freie Gewerkschaften,
- Für das Recht auf freie Tarifverhandlungen,
- Für die Ächtung von Zwangs- und Kinderarbeit,
- und für das Verbot jeglicher Diskriminierung

Das sind existentielle Gerechtigkeitsfragen für uns alle! Unsere Verantwortung dafür endet nicht an Unternehmensgrenzen und nicht an Ländergrenzen!

Internationale Rahmenabkommen sind ein gutes Instrument, um diesen Anspruch zu verwirklichen. Kernarbeitsnormen müssen eingehalten werden. Die IG Metall hat solche Rahmenabkommen bis heute mit 18 Unternehmen abgeschlossen. Da bleiben wir dran und daran arbeiten wir auch weiter!

Unsere internationale Gewerkschaftsarbeit muss Lösungen für konkrete Probleme entwickeln. Aktuelle Herausforderungen in Konzernen bewältigen. Netzwerke aufbauen, „rote Telefone“ benutzen, gemeinsame Treffen organisieren. Das gilt ganz besonders für europäische Gewerkschaftspolitik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Es gehört uns allen, dieses Europa“, mit diesen Worten hat Willy Brandt 1979 den Grundgedanken eines vereinten Europas formuliert. Nach zwei Weltkriegen sind aus einstigen Feinden mehr als gute Nachbarn geworden. Trotzdem steckt die Europäische Union heute, 2007, in ihrer vielleicht größten Krise. Die 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger sind im Grunde nur über den gemeinsamen Markt verbunden. Europa muss endlich zu einer politischen und sozialen Gemeinschaft werden!

Europa braucht neue Weichenstellungen. Beispielsweise muss die Besteuerung von Gewinneinkommen, Kapital und Vermögen vereinheitlicht werden. Wenn im Standortwettbewerb eine Regierung nach der anderen die Steuern senkt, dann verkommt Europa zur Dumpinggemeinschaft. Wir brauchen Mindeststeuersätze und einheitliche Bemessungsgrundlagen in der EU!

Der im Oktober 2007 verabschiedete Reform-Vertrag von Lissabon wird den Anforderungen eines demokratischen und sozialen Europas längst nicht gerecht. Europa ist mehr, Europa kann mehr. Es geht um unser Europa! Wir müssen weiter für die Erneuerung des europäischen Sozialmodells streiten!

Dafür brauchen wir starke Gewerkschaften. Wir müssen den Europäischen Metallgewerkschaftsbund und auch den Europäischen Gewerkschaftsbund stärken. Wir brauchen starke Gewerkschaftsbünde, die sich professionell in die politischen Abläufe auf EU-Ebene einmischen. Wir brauchen eine starke Stimme gegenüber der Kommission und dem Europäischen Parlament. Wir müssen und wir werden sie weiterhin erheben. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa!

Und wir müssen unsere eigene Europäisierung vorantreiben: etwa mit unserer Tarifpolitik. Europa ist heute schon ein gemeinsamer tarifpolitischer Raum. Alle Tarifabschlüsse wirken direkt auf die Tarifparteien, direkt auf die Unternehmen derselben Branche über Ländergrenzen hinweg. Unser prinzipielles Ziel bleibt klar: Wir dürfen uns nicht gegenseitig Lohnkonkurrenz machen!

Unsere europäische Tarifpolitik ist ein Instrument, um Europa sozial zu gestalten. 2005 haben wir mit der ersten gemeinsamen europäischen Tarifforderung begonnen – für ein individuelles Recht auf Qualifizierung. Wir wollen solche Initiativen weiter entwickeln. Mittelfristig können aus unseren Verabredungen transnationale Kollektivvereinbarungen entstehen.

Tarifpolitik koordinieren wir europaweit über den Europäischen Metallgewerkschaftsbund. Ebenso die europäische Unternehmens- und Betriebspolitik - gemeinsam mit unseren Europäischen Betriebsräten. Die IG Metall trägt hier besondere Verantwortung. Europaweit gibt es 330 Euro-Betriebsräte in unserem Organisationsbereich. Wir betreuen von Deutschland aus 115 EBRs - also rund ein Drittel.

Die Europäischen Betriebsräte sind wichtige Brückenbauer! Es gibt inzwischen über 100 europäische Verträge zwischen Gewerkschaften, Unternehmen und Euro-Betriebsräten. Das ist konkrete europäische Zusammenarbeit! Wir müssen gemeinsame Standpunkte entwickeln – gerade in Konflikten. Das gelingt uns immer öfter. Wir haben gute Regelungen zur solidarischen Beschäftigungs- und Standortsicherung: bei Ford, Schneider, EADS, Daimler oder General Motors Europa. Das ist der richtige Weg, wir werden ihn weiter gehen!

Vor wenigen Wochen hat die Europäische Kommission angekündigt, die Richtlinie für Europäische Betriebsräte zu verbessern. Die Arbeitgeberseite mobilisiert reflexartig dagegen. Und droht, sich auf europäischer Ebene dem Sozialen Dialog zu verweigern. Das ist ein Skandal!

Ein demokratisches und soziales Europa wird es ohne starke europäische Arbeitnehmervvertretungen nicht geben! Europäische Betriebsräte müssen arbeitsfähig sein. Sie müssen dafür anständige Arbeitsbedingungen bekommen und sie müssen Mitspracherechte haben. Das ist nur recht und billig!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was für Betriebsräte gilt, gilt auch für die Unternehmensmitbestimmung! Unsere Aufsichtsräte engagieren sich mit der IG Metall über Grenzen hinweg. Für sicherere Arbeitsplätze und für die soziale Verantwortung der Unternehmen. Das Unternehmensrecht ist weitgehend europäisiert. Die ersten Europäischen Aktiengesellschaften sind gegründet. Es ist uns bisher gelungen, die Standards deutscher Mitbestimmung gegenüber den Arbeitgebern zu verankern.

Unter dem Deckmantel der Europäisierung wird weiterhin versucht, Niveau und Qualität der Unternehmensmitbestimmung einzuschränken. Wir sagen unmissverständlich: Ein soziales Europa braucht nicht weniger Mitbestimmung, ein soziales Europa braucht mehr Mitbestimmung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

III. Tarif- und Betriebspolitik der IG Metall - praktischer Einsatz für Gerechtigkeit

Wir handeln global, europäisch und lokal! In unserer Aufsichtsrats- und Betriebsratsarbeit. Viele Vertreter der Anteilseigner und viele Arbeitgeber haben nur die Interessen des Kapitalmarktes und die Höhe der Dividende im Auge. Wir setzen unsere mittel- und langfristige Perspektive für Unternehmen und Arbeitsplätze dagegen. Wir streiten in den Aufsichtsräten für höhere Investitionen, für Innovation und eine andere Unternehmenskultur. Das verstehen wir unter Nachhaltigkeit. Das ist wirksame Beschäftigungspolitik! Das ist praktischer Einsatz für Gerechtigkeit!

Wir greifen ein, wenn Finanzinvestoren Unternehmen oder Betriebe aufkaufen. Das geht nicht ohne Betriebsräte! Die Finanzinvestoren müssen ihre Pläne offen legen. Betriebsräte müssen, wie bei Betriebsänderung, einen Interessenausgleich verhandeln können. Und die Beschäftigten brauchen ein Widerspruchsrecht!

Es ist doch ein unglaublicher Vorgang, dass Unternehmen – und das sind in erster Linie die Menschen dort – zu Höchstpreisen verschertelt werden. Das ist zynisch, das ist unmenschlich und das werden wir niemals akzeptieren!

Die Bundesregierung hat – nicht zuletzt auf unsere Initiative hin – am 24. Oktober mit einem Gesetzentwurf reagiert. Dort sollen Beratungsrechte von Betriebsräten ausgeweitet werden. Das ist gut, reicht aber nicht. Ich fordere die Bundesregierung auf: Bessert nach! Entscheidet im Interesse der Beschäftigten! Und gebt den Betriebsräten anständige Mitbestimmungsrechte! Heuschrecken schaffen keine politischen Mehrheiten, verschreckte Wählerinnen und Wähler sehr wohl!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit Finanzinvestoren zu ringen, das ist nur ein Beispiel für die erweiterten Aufgaben von Betriebsräten. Sie gestalten heute Unternehmenspolitik. Sie ringen um Innovationen, um Investitionen und damit um Zukunftschancen der Beschäftigten. Und sie sind immer öfter direkt an betrieblichen Tarifverhandlungen beteiligt. Tarif- und Betriebspolitik wachsen immer enger zusammen.

Das können wir nur gut bewältigen, wenn die Mitgliederbasis in den Betrieben stimmt. Und wir gemeinsam mit unseren Mitgliedern für Tarifverträge streiten. Das ist notwendiger denn je! Die Tarifbindung in der Fläche hat in den letzten zehn Jahren abgenommen. Wir müssen uns richtig anstrengen, um Unternehmen und Betriebe im Verband, vor allem in der Tarifbindung zu halten. Und wir müssen den OT-Strategien der Arbeitgeberverbände etwas entgegen setzen. Dafür brauchen wir Kraft – dafür brauchen wir eine handlungsfähige IG Metall im Betrieb! Dafür brauchen wir betriebsnahe Tarifpolitik!

Betriebsnahe Tarifpolitik hat immer zwei Seiten: Tarifverträge stärken die betrieblichen Akteure und verbessern Mindestnormen. Das steigert wiederum die Bindung der Betriebsräte und Belegschaften an die IG Metall. Betriebsnahe Tarifpolitik heißt: wir entwickeln auch in Zukunft unsere Flächentarife weiter. Betriebsnahe Tarifpolitik braucht das Zusammenspiel von Tarifautonomie und Betriebsverfassung.

Otto Brenner hat auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im Jahr 1960 formuliert - ich zitiere: „Die Gewerkschaft rückt näher an den Betrieb heran [...] Die Kraft der organisierten Arbeitnehmer wird sich wieder unmittelbar auf den einzelnen Arbeitgeber auswirken. Wir versprechen uns von einer wirklich betriebsnahen Tarifpolitik, nicht nur bessere, gesicherte Löhne und Gehälter, sondern auch neue Impulse für das gewerkschaftliche Leben und die Stärkung unserer Basis.“

Fast 50 Jahre später können, ja müssen wir daran anknüpfen. Für solidarische Tarifpolitik im 21. Jahrhundert. Nur so erhalten und stärken wir unsere Flächentarifverträge!

Wir müssen den Flächentarifvertrag in allen Branchen stärken: Metall- und Elektro, Stahl, Textil- und Bekleidung, Textile Dienste, Holz- und Kunststoff. Und natürlich im Kfz-Handwerk. Dort geht es tarifpolitisch um alles. Wenn uns hier 2008 der Konflikt aufgezwungen wird, werden wir ihn aufnehmen und führen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Mitglieder engagieren sich für den Flächentarifvertrag, wenn er die Bedingungen regelt, die sie bewegen. Darum packen wir neben Entgeltfragen zunehmend qualitative Themen an. Unser Motto „Gute Arbeit“ wird so mit Leben erfüllt. Wir wollen, dass die Beschäftigten ein Arbeitsleben lang gesund und möglichst qualifiziert arbeiten können. Mit unseren Tarifverträgen zur Qualifizierung haben wir einen wichtigen Schritt getan.

Wir müssen ihn jetzt konsequent umsetzen und die Auseinandersetzung für Bildung und Weiterbildung führen.

Das gilt genauso für den Tarifvertrag „Demografischer Wandel“ in der Stahlindustrie. Dort haben wir erstmals eine tarifliche Grundlage geschaffen, um für älter werdende Belegschaften betriebliche Lösungswege gehen zu können. Die Stichworte sind: Gesundheitsförderung, Arbeits- und Arbeitszeitgestaltung, Qualifizierung, Reduzierung von Belastungsspitzen und höhere Übernahmequoten der Auszubildenden. Wir werden das auch in anderen Branchen tarifpolitisch anpacken und weiter entwickeln. Das ist „Gute Arbeit“ ganz konkret!

Gleichzeitig müssen wir die unterschiedlichen Anforderungen unserer Mitglieder und den Wandel der Arbeit in unseren Tarifverträgen abbilden. Unsere Arbeitswelt ist heute hochgradig differenziert. Die Arbeits- und Leistungsbedingungen am Band und in den Entwicklungsabteilungen unterscheiden sich gravierend. Produktionsarbeiter, technische Experten, im Service Beschäftigte – sie alle benötigen verlässliche Tarifregelungen. Aber die Bedürfnisse und Erwartungen, die aus ihrer Arbeit resultieren, sind sehr verschieden!

Deshalb gilt: Wir müssen unsere Mitglieder beteiligen! Mit ihnen sprechen, sie um ihre Meinung fragen, damit wir in den Kernfragen der Arbeitszeit- und Leistungs politik als IG Metall wieder stärker sichtbar werden. Mit differenzierten und passgenauen Antworten!

In vielen Bereichen haben die Beschäftigten heute mehr Ergebnisverantwortung, mehr Freiheiten, aber auch mehr Druck. Gleichzeitig kommen die kurzzyklischen Tätigkeiten zurück. Schichtarbeit nimmt zu. Die Arbeitsanreicherung wird wieder zurückgefahren. Wir sind längst wieder bei Takten von unter einer Minute! Das ist physisch und psychisch ohne Ende auszehrend! Daran zerbrechen die Menschen auf Dauer! Wir müssen hier eingreifen!

Wir brauchen einen neuen Aufbruch in unserer Arbeitszeit- und in unserer Leistungs politik. Wir brauchen dafür eine flächendeckende Initiative der IG Metall. „Humanisierung der Arbeit“ haben wir das früher genannt. An diesen Aufbruch wollen wir wieder anknüpfen. Und diese Themen wieder zu einem unserer Schwerpunkte machen: „Gute Arbeit“ verwirklichen! Mit Antworten, die unserer Zeit entsprechen!

Wir müssen Arbeitszeit vor allem dort wirksamer begrenzen, wo jede Minute zusätzlicher Arbeitszeit eine Zumutung ist! Für Tätigkeiten mit hohem kreativen Anteil müssen wir über neue Arbeitszeitregelungen nachdenken. Wir sehen doch gerade in den hochqualifizierten Bereichen, dass unsere klassischen Regelungsinstrumente oft nicht mehr greifen.

Beschäftigte fordern dort vor allem mehr Zeitsouveränität. Und sie wollen, dass geleistete Arbeitszeit nicht einfach verfällt. Wir müssen diese Hinweise ernst nehmen. Wir können - etwa mit tariflichen Regelungen zu Arbeitszeitkonten - Möglichkeiten eröffnen, Arbeitszeit und Freizeit stärker nach individuellen Bedürfnissen zu gestalten. Also nach den Bedürfnissen unserer Kolleginnen und Kollegen!

Es ist höchste Zeit: wir brauchen eine neue Arbeitszeitdebatte! Ja, die brauchen wir! Sie muss aber ehrlich sein! Der tariflichen Wochenarbeitszeit von 35 Stunden steht eine

durchschnittliche effektive Arbeitszeit von 39,9 Stunden gegenüber. Die Differenz ist so groß wie noch nie!

Die IG Metall hat mit der 35 einen Markstein für eine menschengerechtere Arbeitszeit gesetzt. Das ist keine Monstranz, die man vor sich hertragen kann. Das ist Ergebnis eines harten Tarifikampfs und muss täglich neu erkämpft werden. Wir können die Arbeitszeitfrage heute nur mit differenzierten Antworten lösen. Weil die Menschen in ihren Arbeitssituationen und Bedürfnissen nun mal unterschiedlich sind!

Diese neue Arbeits-Realität fordert uns auch in der Leistungspolitik. Mit ERA können wir sie besser abbilden als mit den alten Rahmenregelungen. Mehr als drei Viertel unserer Beschäftigten - übrigens auch die Mehrheit der Arbeiter - erhalten ihre tarifliche Leistungszulage in der Regel über eine Leistungsbeurteilung. Gerade für sie haben wir mit den ERA-Tarifverträgen eine wichtige tarifpolitische Regulierung erreicht!

Zukünftig sind auch bei Angestellten Formen des Leistungsentgelts zulässig. Damit haben wir in tarifpolitisch bisher nicht regulierten Bereichen qualifizierte Mitbestimmung und Beteiligung ermöglicht!

Die Einführung von ERA ist nicht nur eine Riesenaufgabe. Sie ist auch eine große gewerkschaftliche Bildungsmaßnahme für unsere Funktionäre in den Betrieben. In vielen Betrieben war der Konflikt um Lohn- und Leistung, um Arbeitsinhalte und Rationalisierungsfolgen oft gar kein Thema mehr. Dabei sind Arbeitspolitik und Gesundheitsschutz, Aus- und Weiterbildung, Arbeitszeit, Lohn und Leistung betriebliche Kernthemen! Hier muss sich die IG Metall im Betrieb beweisen!

Und sie haben unmittelbare Auswirkungen auf die Eingruppierung der Kolleginnen und Kollegen. Darum sind das - wie die Eingruppierung selbst - Machtfragen! Also lasst uns das so anpacken!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu viele Arbeitgeber versuchen, die Angst um den Arbeitsplatz zur Erpressung von Belegschaften zu nutzen. Wir haben Pforzheim 2004 gemacht, damit wir uns erfolgreich dagegen wehren können. Und damit wir das Heft des Handelns wieder in die Hand nehmen!

Die Tarifautonomie ist ein hohes, ein sehr hohes Gut. Mit Pforzheim haben wir die Hoheit über Abweichungen vom Tarifvertrag. So wie damals, vor 2004 – mit Abweichungen oft heimlich oder ganz ohne Beteiligung der IG Metall – so konnte es nicht weitergehen!

Und ihr wisst doch alle noch, was zur Jahreswende 2003/2004 von unseren Gegnern forciert worden ist. Sie wollten massive Eingriffe in die Tarifautonomie beschließen, so genannte „betriebliche Bündnisse“ zum allgemeinen Standard machen. Der Verlust unserer ordnungspolitischen Kompetenz, ja unserer gewerkschaftlichen Kraft - nichts weniger stand auf dem Spiel! Wir haben das gemeinsam verhindert!

Der Pforzheimer Abschluss hat Anfang 2004 dabei eine wichtige und positive Rolle gespielt. Und Pforzheim ist eine Antwort auf unterschiedliche Situationen und differenzierte Problemlagen in einzelnen Unternehmen. Unter den heutigen

wirtschaftlichen Bedingungen ist der Pforzheim-Prozess zeitgemäße Tarifpolitik und aktive Industriepolitik zugleich.

Weil wir von den Arbeitgebern bei Abweichungen Beschäftigungssicherung, tragfähige Zukunftskonzepte, Investitions- und Innovationszusagen, Ausbildungsplätze verlangen. Wir haben seit 2004 Investitionen in Milliardenhöhe vereinbart. Das sind wesentlich Zukunftsinvestitionen. Damit sichern wir hunderttausende Arbeitsplätze. Und sorgen dafür, dass neue Beschäftigung aufgebaut wird.

Wir können heute selbstbewusst sagen: Wir weichen nicht aus, sondern wir führen die Auseinandersetzung. Wir ringen um tarifliche Lösungen, die Zukunft und Beschäftigung sichern. Aber bitte schön mit der IG Metall und mit vernünftigen Zukunftskonzepten! Mit verbindlichen Zusagen, und mit Beteiligung derjenigen um die es geht: unsere Mitglieder!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das muss zeitgemäße Tarifpolitik leisten. Dafür verpflichten wir die Unternehmen auf tragfähige Zukunftskonzepte! Wir wissen doch was passiert, wenn die Unternehmensführung versagt oder die reine Profitgier siegt! Dann bleibt den Beschäftigten als letztes Mittel oft nur die Notwehr!

Wir haben deshalb Auseinandersetzungen um Sozialtarifverträge geführt und wir werden das wenn nötig auch weiterhin tun! Sie sind aber immer die Ultima Ratio, das letzte Mittel. Wo es geht, müssen wir uns einmischen, bevor es soweit kommt. Aber es ist auch klar: Wenn es nötig ist und wo wir es können, dann müssen und dann werden wir diese Konflikte führen!

Die jüngsten Erfahrungen - bei AEG in Nürnberg, bei CNH in Berlin und anderswo - zeigen: Mit Streiks für Sozialtarifverträge können die Folgen für die Menschen, ihre Notsituation, abgemildert werden. Die Gerichte bis hin zum Bundesarbeitsgericht haben unsere Auffassung bestätigt. Sozialtarifverträge sind legitim und unsere Streiks dafür sind rechters! Und wir werden sie auch in Zukunft führen!

Durchsetzungsfähig sind wir letztlich nur dort, wo wir streikfähig sind und wo uns das Streikrecht nicht beschnitten wird. Deshalb können wir auch niemals akzeptieren, dass einzelne Arbeitsgerichte einen Streik per einstweiliger Verfügung verboten haben, weil er Schaden anrichten könnte. Das ist ja lächerlich! Der wirtschaftliche Druck ist die Idee des Streiks schlechthin und nichts anderes!

Und obwohl wir die Politik der GDL missbilligen, haben wir mit nahezu der gesamten juristischen Fachwelt diese Entscheidungen scharf kritisiert. Das Streikrecht ist und bleibt ein unveräußerliches Grundrecht! Und es bleibt dabei: Wer es angreift, greift die Demokratie an und wird auf unseren entschiedensten Widerstand treffen!

Das Streikrecht darf auch nicht unterhöhlt werden, wie es der damalige Arbeitsminister 1984 mit dem Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz - dem heutigen Paragraphen 146 SGB III - getan hat. Durch diesen Aussperrungs-Paragraphen sind wir in der Wahl unserer Kampfmittel nicht mehr wirklich frei. Damit können und werden wir uns niemals abfinden! Dieser Anti-Streik-Paragraf muss weg. Das ist und bleibt unsere Forderung an die Politik!

IV. Einheitsgewerkschaft IG Metall – Anforderungen an eine zukunftsfähige Politik

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit unserer Tarif- und Betriebspolitik gestalten wir ein Stück Gerechtigkeit in Unternehmen und Betrieben. Um Arbeitnehmerinteressen auch in der politischen Arena erfolgreich zu vertreten, müssen wir die im Parlament vertretenen Parteien von unseren Themen und Inhalten überzeugen. Um unsere Ziele zu erreichen, brauchen wir die Unterstützung politischer Mehrheiten im Parlament. Jede demokratische Partei kann eine faire, offene und auch kontroverse Debatte mit der IG Metall erwarten!

Unser Grundprinzip seit 1945 ist die Einheitsgewerkschaft. Die Erfahrung aus der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus verpflichtet uns, diese Einheit zu hüten. Auch darauf hat Otto Brenner eindringlich hingewiesen: "Der Wiederaufbau nach 1945 hat uns endlich die Einheitsgewerkschaft gebracht. Eine Gewerkschaftsbewegung, die nicht mehr aufgespalten ist nach Parteien, Konfessionen, Ständen und Berufsgruppen. Das war zweifellos ein großer Fortschritt, den wir wahren und schützen müssen gegen alle Angriffe - von welcher Seite auch immer sie kommen mögen." Diese Aussage steht nicht im Widerspruch zu unseren historisch starken Verbindungslinien zur Sozialdemokratie.

Wir haben unsere Positionen spätestens seit dem Mannheimer Abkommen von 1906 immer eigenständig bestimmt. Das bleibt auch in der veränderten deutschen Parteienlandschaft unser Auftrag! Wir lassen uns von niemandem instrumentalisieren! Die IG Metall war nie der Transmissionsriemen einer Partei und wird es in Zukunft nicht sein. Wer das versucht, wird scheitern!

Wir messen Parteien nicht daran, wie oft in ihren Programmen das Wort „Gerechtigkeit“ auftaucht. Die Taten müssen stimmen. Die Konzepte müssen für das 21. Jahrhundert taugen. „Zurück in die Zukunft“ kann niemand reisen.

Unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft sind wir mit großen Herausforderungen konfrontiert. Die Politik braucht Konzepte:

- die wirtschaftliche Dynamik nachhaltig fördern und die große Geißel unserer Zeit, die Massenarbeitslosigkeit, überwinden.
- die gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland erreichen. Das ist Auftrag für Politik und ist auch unsere Verpflichtung!
- die den demographischen Wandel bewältigen – in der Gesellschaft und noch drängender in den Betrieben.
- die heute die Voraussetzungen für die Arbeits- und Wissensgesellschaft von morgen schaffen. Was wir jetzt versäumen, können wir nie wieder korrigieren!
- Und die den Verbrauch von Rohstoffen und Energie drastisch reduzieren und der Umweltzerstörung Einhalt gebieten. Wir haben nur diese eine Welt!

IV.1. Ökologische Industriepolitik

Eine richtige Devise dafür heißt „Besser statt billiger“. Nur durch soziale und technische Innovationen, durch Investitionen können wir unser Niveau erhalten. Nicht durch Lohnverzicht und Sozialdumping!

„Besser statt billiger“ ist auch der richtige Weg für die ökologische Erneuerung der deutschen Industrie. Ökologische Industriepolitik reduziert nicht nur den Energie- und Rohstoffverbrauch. Sie erzeugt neue Verfahren, Werkstoffe und Produkte. Und damit neue Chancen auf den Märkten – und damit Chancen für neue Arbeitsplätze!

- Die Umstellung auf erneuerbare Energien hat die deutschen Anlagenbauer für Windkraft an die Spitze in der Welt gebracht! 75.000 Arbeitsplätze sind in Deutschland allein bei der Windenergie geschaffen worden!
- Bei der Energieerzeugung sind Investitionen in Milliardenhöhe notwendig. Tausende Arbeitsplätze können damit geschaffen werden!
- Wir haben uns mit den Betriebsräten bei Stahl für ein vernünftiges Handelssystem mit CO₂-Zertifikaten stark gemacht. Damit sichern wir Standorte und Umwelt besser als die Verbandsvertreter, die ohne Umweltauflagen nur billig davon kommen wollen!
- Und wir haben gemeinsam mit dem Umweltministerium im März 2007 eine zukunftsweisende Umwelt-Strategie für die europäische Automobilindustrie formuliert. Auch in unserer mitgliederstärksten Branche sichern und schaffen wir Arbeitsplätze nur durch Nachhaltigkeit!

Wir engagieren uns für ökologische Industriepolitik. Aber wir können sie nicht alleine durchsetzen. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der

- eine vorausschauende Forschungs- und Entwicklungspolitik,
- eine anspruchsvolle Grenzwertpolitik
- und eine sinnvolle Förderpolitik

durchsetzt. So können wir den ökologischen Wandel bewältigen. Wir sind auch für das „Morgen“ zuständig! Das ist unser Anspruch, unsere Verpflichtung und das sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig!

IV.2. Bildungspolitik und Ausbildung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Zukunft unserer Gesellschaft basiert auf Bildung, Innovation und Qualität. Wissen und Erfahrung tragen heute schon mehr als die Hälfte zur Wertschöpfung bei, mit steigender Tendenz.

Für die Einzelnen ist gute Bildung und Ausbildung die wesentliche Voraussetzung, um im Arbeitsleben bestehen zu können. Und Bildungsfragen sind heute wieder Machtfragen. Bildung und Bildungsabschlüsse entscheiden heute mehr denn je über Lebenschancen. Wer vor allem jungen Menschen Bildung verwehrt, verwehrt ihnen das Recht auf ein freies und selbstbestimmtes Leben!

Daran und an den Zukunftsanforderungen eines modernen Industriestaates gemessen, ist der Zustand unseres Bildungssystems jämmerlich und besorgniserregend! Das fängt im Kindergarten an. Und setzt sich im fatalen deutschen Sonderweg mit seinem dreigliedrigen Schulsystem fort. Es ist an der ständisch gegliederten Gesellschaft des 19. Jahrhunderts orientiert. Und deshalb für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts völlig ungeeignet!

Das unterstreichen betriebliche Weiterbildungsbilanzen ebenso wie die Zahlen aus der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. 83 Prozent der Kinder aus Akademikerfamilien nehmen ein Studium auf. Bei Arbeiterfamilien sind es ganze 17 Prozent. Das ist schreiend ungerecht!

Nicht nur an den Hochschulen ist die Situation unerträglich. 2006 hat nicht einmal jeder zweite Jugendliche einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten. Ganze 48 Prozent haben einen gefunden. Das ist ein Armutszeugnis für die deutsche Wirtschaft und die Politik! Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze ist 2007 wieder etwas gestiegen. Aber das Defizit ist nach wie vor groß. Ich bleibe dabei: der „Ausbildungspakt“ zwischen Bundesregierung und Wirtschaft ist gescheitert!

Die Politik setzt auf freiwillige Pakte, wo entschiedenes staatliches Handeln unabdingbar ist. Jetzt wird allerorten über Fachkräftemangel gejammert! Das ist die direkte Folge haarsträubender Versäumnisse von Wirtschaft und Staat! Und des Irrglaubens, dass die „unsichtbare Hand des Marktes“ das richten werde!

Wir verlangen eine Garantie - und wenn es nicht anders geht, per Gesetz: Jede und jeder Jugendliche, der will, muss einen Ausbildungsplatz erhalten! Ohne Ausnahme! Das ist eine elementare Gerechtigkeitsfrage! Das betrifft die Lebenschancen, die jedes Jahr mehr als hunderttausend Jugendlichen schlichtweg verweigert werden!

Daran ändert sich nichts, wenn man den Fachkräfte-Zuzug aus anderen Ländern erleichtert. Ja, Deutschland will und muss eine weltoffene Gesellschaft sein. Unsere hausgemachten Probleme lösen wir aber nicht, indem wir Fachkräfte im Ausland abwerben. Andere Länder haben in die Qualifikation ihrer Menschen investiert. Sie sind nicht das Fachkräfte-Reservoir, aus dem sich Deutschland nach Belieben bedienen kann!

Viele Kinder der ersten und zweiten Migrantengeneration finden heute weder Ausbildung noch Arbeit. Das sind die Kinder und Enkel unserer ausländischen Kolleginnen und Kollegen! Die gemeinsam mit uns dieses Land aufgebaut haben. Die in ihrer IG Metall Seite an Seite mit uns für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen gestritten haben. Wir sind es ihnen schuldig, das wir ihren Kindern eine bessere Zukunft eröffnen. Wir brauchen eine vorwärts weisende Integrations- und Migrationspolitik, und keine Auslese beim Zuzug von Fachkräften!

IV.3. Geschlechtergerechtigkeit

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch Frauen brauchen mehr und bessere Zugänge zum Berufsleben. Andere Länder machen es uns vor. Das muss in Deutschland endlich zur Kenntnis genommen werden!

Das traditionelle Geschlechterverhältnis wandelt sich beständig und unumkehrbar. Von Geschlechtergerechtigkeit kann aber überhaupt keine Rede sein. Die Liste der Benachteiligungen von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen ist elend und lang. Wir dürfen uns mit dieser auf der ganzen Linie ungerechten Situation nicht abfinden.

Wir brauchen tatsächliche Chancengleichheit. Wir wollen gleiche Aufstiegschancen und Berufsperspektiven für beide Geschlechter! Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen. Wir wollen, dass Frauen und Männer Familie und Beruf vereinbaren können. Wir brauchen flächendeckend verbesserte Kinderbetreuung. Dafür wird man deutlich mehr Geld in die Hand nehmen müssen! Dass Kindererziehung nur oder jedenfalls überwiegend Sache der Frauen sein soll, ist doch eine Denke von Vorgestern!

Wir selbst müssen in unserer Organisation, in unserer Tarif- und Betriebspolitik den Fokus stärker auf Gleichstellung und Gerechtigkeit ausrichten! Wir brauchen zeitgemäße Lösungen bei Aufstiegschancen und Einkommen. Sie sind überfällig! Ohne Geschlechtergerechtigkeit gibt es letztlich keine gerechten Verhältnisse!

IV.4. Für einen starken Sozialstaat

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Wer den Sozialstaat beerdigen will, der muss ein Doppelgrab bestellen.“ Heribert Prantl von der „Süddeutschen Zeitung“ bringt es auf den Punkt. Sozialstaat und Demokratie gehören untrennbar zusammen. Die ideologisch motivierte Abwicklung sozialer Errungenschaften ist eine Gefahr für die Demokratie!

Das nutzen die Rechtsradikalen. Neonazis besetzen zunehmend sozialpolitische Themen und drängen sich immer häufiger in Demonstrationen von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.

An ihrer menschenfeindlichen Ideologie hat sich nichts geändert: sie wollen unsere Demokratie zerstören! Das propagieren führende NPD-Funktionäre unumwunden. Der Vorsitzende der NPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt hat den Kampf gegen die Demokratie im Juni 2007 öffentlich – ich zitiere wörtlich – „als Fortsetzung des Zweiten Weltkriegs mit politischen Mitteln“ bezeichnet.

Das ist eine ungeheuerliche Aussage! Gegenüber Feinden der Demokratie gibt es nur eine Antwort: Null Toleranz! Unsere Gesellschaft muss alle legalen Mittel einsetzen, um solche Menschenfeinde zu stoppen!

Wer die Demokratie zerstören will, ist unser Gegner! Wo es geht, kämpfen wir dagegen an! In der Gesellschaft und in den Betrieben. Nährboden für rechtsradikales Gedankengut gibt es. Auch bei Beschäftigten, die die IG Metall vertritt. Wir müssen dagegen angehen – mit Aufklärung, mit Entschiedenheit und mit Zivilcourage! Also lasst uns mit Courage gegen Neonazis ankämpfen. Mutig und phantasievoll!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gerechte Systeme sozialer Sicherung gehören zu einer intakten Demokratie. Eine Demokratie, die Chancengleichheit, Teilhabe und gesellschaftlichen Aufstieg ermöglicht. Und zwar für alle! Deshalb füge ich hinzu: wer nur den Status-Quo verteidigt, springt zu kurz! Er läuft Gefahr, Ungerechtigkeiten und Defizite festzuschreiben.

Der Sozialstaat ist heute immer weniger in der Lage, veränderte Lebenslagen zu berücksichtigen und soziale Teilhabe für alle zu ermöglichen. Das ist vor allem das Ergebnis falscher Politik. Das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaates ist entsprechend gesunken. Auch bei vielen Mitgliedern der Gewerkschaften. Wir müssen dieses Vertrauen wieder stärken. Das gelingt nur mit überzeugenden Konzepten.

Es ist nicht gerecht, dass die soziale Sicherung vor allem durch Beiträge von kleinen und mittleren Arbeitnehmerinkommen finanziert wird. Und sich die wirtschaftlich Leistungsfähigsten aus der Verantwortung stehlen können! Die Finanzierung des Sozialstaats darf nicht überwiegend auf den Schultern nur von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern lasten!

Deswegen brauchen wir einen neuen, soliden Finanzierungs-Mix aus Beiträgen und Steuern. Wir haben dafür Konzepte wie die Bürgerversicherung entwickelt. Die wirtschaftlich Stärkeren müssen endlich ihren angemessenen Beitrag leisten! Wir brauchen die Bürgerversicherung!

Die Devise heißt: eine Versicherung für alle statt Bevorzugung für wenige! Das gilt ebenso für die Pflegeversicherung. Neben einzelnen richtigen Maßnahmen werden dort die Privilegien der Privatversicherten festgeschrieben. Das ist ungerecht, das muss geändert werden!

IV.5. Generationengerechtigkeit

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir brauchen neue Impulse in der sozialpolitischen Debatte. Es ist längst überfällig gewesen, dass die SPD sich hier bewegt. Auf ihrem letzten Parteitag hat sie beschlossen, dass die Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld I für ältere Beschäftigte verlängert werden soll. Das ist gut und das findet unsere Unterstützung. Aber was sie zum vorzeitigen Altersausstieg sagt – und insbesondere was die Große Koalition dazu bisher beschlossen hat - das reicht einfach nicht aus!

Wir bleiben dabei: die Rente mit 67 ist eine sozialpolitische Sackgasse und ein arbeitsmarktpolitischer Holzweg. Sie ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die oft seit Jahrzehnten in den Betrieben Tag für Tag Knochenarbeit leisten. Es ist und bleibt ein Skandal, dass die Politik die Entscheidung zur Rente mit 67 an der Arbeits- und Lebensrealität der Menschen vorbei durchgepaukt hat!

Die „Rente mit 67“ hat einen entscheidenden Webfehler: Einheitslösungen sind heute jenseits der Arbeits- und Lebensrealität. Die Denke, alle könnten mit 67 in Rente gehen, ist – Entschuldigung - typisch deutsch. Eine differenzierte Ausstiegslösung ist notwendig! Es fehlen eine Million Arbeitsplätze für Ältere. Wir haben immer noch viel zu viele junge Arbeitslose. Und so sehr sich unsere Betriebsräte, Vertrauensleute und die

IG Metall um anständige Arbeitsbedingungen bemühen: selbstverständlich können auch künftig nicht alle bis 67 arbeiten!

Wir brauchen flexible, gleitende Übergänge aus dem Arbeitsleben in die Rente. Darüber werden wir mit Gesamtmetall auch Gespräche führen. Aber: davor müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen klar sein. Sonst stochern wir im Nebel.

Wenn sie klar sind, werden wir sie betriebs- und tarifpolitisch ausgestalten! Wir wollen, dass die Bundesagentur für Arbeit dafür weiterhin einen zielgerichteten und spürbaren Beitrag zur Finanzierung leistet. Indem sie Wiederbesetzungen fördert. Für besondere Problemgruppen, die es auf dem Arbeitsmarkt am schwersten haben. Und um die Übernahme von Auszubildenden zu fördern. Wir brauchen diese Förderung durch die Bundesagentur auch nach 2009!

Wir müssen die Älteren ausscheiden lassen, wenn sie nicht mehr können. Und gleichzeitig unsere Jungen gut qualifizieren und ihnen eine Perspektive geben! Das ist Generationengerechtigkeit, die diesen Namen auch verdient!

V. Eine Gewerkschaft für alle – Organisationspolitik von IG Metall und DGB

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

sich für gerechte Verhältnisse einzusetzen, ist Kärnerarbeit. Heute ganz besonders. Das bringt auch unsere Organisation bis an die Grenzen ihrer Kräfte. Die Arbeit im Betrieb kostet Zeit, fordert großen Einsatz und gute Kenntnisse. Mehr als in der Vergangenheit müssen unsere Sekretäre mit den betrieblichen Kolleginnen und Kollegen gemeinsam Verhandlungen führen. Dabei sind schwierige Situationen zu meistern. Ihr wisst das.

Gleichzeitig steht der IG Metall – auch bei den Ehrenamtlichen - ein regelrechter Generationenwechsel bevor. Wir müssen ihn in den kommenden Jahren bewältigen. Dabei eröffnet sich die Chance, die IG Metall zu verjüngen. Dagegen steht das Risiko, Erfahrung und Wissen zu verlieren. Die Antwort kann nur lauten: Wir müssen unsere hauptamtlich Beschäftigten qualifizieren. Wir brauchen eine systematische Personalentwicklung. Wir müssen die Kolleginnen und Kollegen befähigen, die steigenden Anforderungen bewältigen zu können!

Dieser Gewerkschaftstag wird entscheiden, wo wir die strategischen Schwerpunkte für die gewerkschaftliche Arbeit in den nächsten vier Jahren setzen. In jedem Fall muss die Organisation auch über neue Formen der Zusammenarbeit nachdenken. Das Modell, Kooperations-Räume zwischen mehreren Verwaltungsstellen zu bilden, halte ich für einen guten, einen diskussionswürdigen Ansatz.

Die Gestaltungsmacht in den Betrieben stärken und ausbauen, das ist ein strategisches Ziel für die IG Metall. Auf dieses Ziel richten wir uns aus. Die IG Metall muss dafür ihre Strukturen kritisch überprüfen. Und sie - wo notwendig - auch verändern. Das gilt für alle Ebenen: Vorstand, Bezirke und Verwaltungsstellen. Wir müssen unsere Organisationskraft vor allem dort stärken und dort Präsenz zeigen, wo wir noch große Mitgliederpotentiale haben. Weil neue Beschäftigte dazu gekommen sind. Oder wir die Vorhandenen schlicht noch nicht organisieren konnten!

Was für die IG Metall gilt, gilt auch für den DGB. Der DGB ist und bleibt die Dachorganisation für die acht Einzelgewerkschaften. Er braucht einen klaren Auftrag: Der DGB ist die Plattform der Gewerkschaften, um soziale, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitische Themen zu transportieren. Und die Politik für unsere Vorschläge zu gewinnen. Sinkende Mitgliederzahlen und sinkende Einnahmen erfordern, dass wir auch beim DGB die bisherigen Strukturen überdenken und ändern. Das gilt auch für die wichtige Serviceleistung des DGB: den Rechtsschutz. Wir werden uns in den nächsten Monaten gemeinsam darüber verständigen, wie wir das umsetzen wollen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir stehen im DGB für Solidarität und Einheit. Deshalb können wir nicht akzeptieren, dass Menschen in unserer Gesellschaft, in einem der reichsten Länder der Erde, von ihrer Arbeit nicht leben können.

Darum tritt die IG Metall für gesetzliche Mindestlöhne ein! Das ist nur die zweitbeste Lösung. Vorrang haben für uns tarifvertragliche Lösungen. Deshalb fordern wir tarifliche, branchenbezogene Mindestlöhne. Das ist im Mindestlohn-Konzept der DGB-Gewerkschaften so geregelt: Wenn die Tarifvertragsparteien sich einig sind, müssen diese Tarifverträge allgemeinverbindlich werden. Die Politik muss hier handeln! Wir brauchen Mindestlöhne, sie sind längst überfällig!

Wir treten auch dafür ein, prekäre Arbeitsverhältnisse, vor allem die Leiharbeit, zu begrenzen und einzudämmen. Leiharbeiter dürfen nicht schlechter behandelt werden, als Stammbeschafteten. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich Leiharbeit immer weiter in Normalarbeitsplätze hineinfrisst! Das bedroht unsere Tarifverträge und langfristig uns alle! Wo Leiharbeit nicht verhindert werden kann, muss der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gelten! Dafür werden wir weiterhin eintreten, Betrieb für Betrieb! Das verstehen wir unter Solidarität!

Und Solidarität heißt für uns auch: wir lehnen es ab, nur einzelne, mehr oder weniger privilegierte Beschäftigtengruppen zu vertreten. Wir haben ein anderes Verständnis als „Cockpit“, der „Marburger Bund“ oder die GDL!

Krankenschwestern müssen genauso wie Ärzte anständig bezahlt werden!
Flugkapitäne dürfen Stewardessen und das Bodenpersonal nicht völlig abhängen!
Lokführer sollen für ihre Arbeit ordentlich vergütet werden. Aber nicht auf Kosten von Stellwerkern. Sondern mit angemessenem Entgelt, das in einem Tarifvertrag für die Branche geregelt ist!

Und auch in unserem Organisationsbereich brauchen wir zeitgemäße Tarifverträge. Mit denen wir die besonderen Merkmale für alle Beschäftigtengruppen abbilden können. Die IG Metall ist und bleibt die Gewerkschaft für alle! Um diesen Anspruch verwirklichen zu können, brauchen wir Mut zur Vielfalt! Dann erhalten wir die Kraft zur Einheit!

VI. Die Mitgliederfrage ist zentral – Zukunft braucht Gerechtigkeit und eine starke IG Metall

Wir vollziehen den Wandel der Beschäftigtenstruktur bei unseren Mitgliedern aber viel zu langsam nach. Trotz unserer guten Ergebnisse in den letzten Jahren. Der Anteil derjenigen, die man über 100 Jahre lang als Angestellte bezeichnet hat, hat sich seit

den 70er Jahren fast verdoppelt. Er liegt inzwischen bei über 40 Prozent! In Branchen wie dem Maschinenbau haben wir die 50 Prozent längst überschritten.

Der grundlegende Wandel der Arbeit hat schon lange die Facharbeiterberufe erfasst! Wahrscheinlich haben wir hier deshalb – etwa im Maschinenbau – noch große Mitgliederpotentiale, die wir noch erschließen können, ja erschließen müssen!

Bei Ingenieuren, technischen Experten oder bei kaufmännischen Berufen ist unser Nachholbedarf noch größer. Wir brauchen hier eine Trendwende. Trotz unserer positiven Entwicklung der letzten Jahre. Die IG Metall muss noch weiter in die Mitte der Beschäftigten rücken. Beteiligung noch mehr leben. Offen sein für die Bedürfnisse aller Beschäftigtengruppen!

Wir erzielen Erfolge, wenn politischen Inhalte, ein attraktives Leitmotiv und die Umsetzung zusammenpassen: „Besser statt billiger“, „Gute Arbeit“, Tarif aktiv“, „Her mit dem schönen Leben!“. Das kennt man heute in der ganzen Republik. Und das beste Zeichen ist: andere haben schon fleißig begonnen, sich bei uns zu bedienen!

Und dennoch: es ist noch viel mehr drin! Wir reden zuviel über die Menschen anstatt mit ihnen. Und wir brauchen verbindliche Absprachen bei allen Mitgliederprojekten - mit Zielvereinbarungen. Keine unzähligen Mini-Kampagnen, sondern Konzentration auf wesentliche Schwerpunkte! Die wir gemeinsam entwickeln. Und an die wir uns dann gemeinsam halten – überall in der IG Metall!

Es geht hier um viel, Kolleginnen und Kollegen! Wenn ihr so wollt, um alles! Wir wollen Tarifpolitik, Betriebspolitik und Gesellschaftspolitik erfolgreich gestalten. Aber die entscheidende, die überragende Frage ist die Mitgliederfrage!

Ob wir unsere Ziele erreichen, hängt einzig und allein von der Kraft ab, die wir selbst entwickeln! Nur unsere eigene Stärke zählt! Das müssen wir verinnerlichen! Das müssen wir leben! Dafür brauchen wir – wenn es notwendig ist - eine Revolution in unseren Köpfen!

Jeder Schritt und jede politische Initiative muss von der Frage geleitet sein: Bringt das, was ich tue, Mitglieder? Und: stärkt es unsere Verwaltungsstellen in der Mitgliederarbeit?

Wer heute bei der Mitgliederwerbung erfolgreich sein will, muss Mitglieder beteiligen. Unsere „Fachkräfte für Beteiligung“ sind die Vertrauensleute und Betriebsräte der IG Metall. Wir brauchen sie als Menschen des Vertrauens, die fachlich, inhaltlich und methodisch auf der Höhe der Zeit sind und auf alle Beschäftigten zugehen!

- Dafür müssen wir etwas im Kreuz haben!
- Wir müssen unsere Mitglieder von Anfang an beteiligen und den Prozess offen gestalten.
- Wir dürfen nichts versprechen, was wir nicht halten können!
- Und wir müssen die Kolleginnen und Kollegen mitentscheiden lassen!

Das ist der richtige Weg, und das ist moderne Interessenvertretung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Zeit drängt! Noch haben wir die Chance, den notwendigen Wandel einzuleiten. In den nächsten fünfzehn Jahren scheiden jedes Jahr starke, gut organisierte Jahrgänge aus dem Arbeitsleben aus. 40.000, in der Spitze über 50.000 Kolleginnen und Kollegen pro Jahrgang! Bei den unter 30jährigen liegen wir bei knapp 20.000 Mitgliedern pro Jahrgang! Ihr könnt so gut wie ich rechnen. Wir sind vom Organisationsgrad der Älteren weit entfernt. Das müssen wir korrigieren!

Damit die IG Metall auch 2015 und 2025 eine starke Organisation ist. Die Solidarität und Gerechtigkeit auch in einem zugespitzten Kapitalismus zu ihrem Recht verhilft. Und deshalb müssen wir nicht nur fragen: Bringt das, was ich tue, Mitglieder? Sondern: überzeugen wir damit auch jüngere Menschen!

Das ist die große Herausforderung der nächsten Jahre. Unser gemeinsamer Auftrag! Wir haben die Aufgabe, das Feld für eine erfolgreiche IG Metall der Zukunft zu bestellen! Und wir können das schaffen!

Wir können allen Beschäftigten selbstbewusst sagen: Tarifverträge und gute Tarifabschlüsse sind keine Selbstverständlichkeit! Dafür muss man hart arbeiten! Dafür muss man kämpfen! Dafür könnt Ihr selbst etwas tun!

Wenn Ihr den Zumutungen des Kapitalismus Grenzen setzen wollt, wenn Gerechtigkeit wirklich Zukunft haben soll, dann geht das nur mit einer starken IG Metall. Tretet in unsere IG Metall ein! Macht bei uns mit!

Wir sind eine lebendige Gewerkschaft. Ein Bündnis selbstbewusster Kolleginnen und Kollegen. Wir sind traditionsbewusst: Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft. Für die Einheit aller Beschäftigten. Wir stehen für soziale Gerechtigkeit!

Und wir sind auf der Höhe der Zeit: mit einer Tarif- und Betriebspolitik, die die Herausforderungen der Globalisierung annimmt und gestaltet. Für Beteiligung unserer Mitglieder. Für mündige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die mitbestimmen können – am Arbeitsplatz und in unserer IG Metall!

Wir arbeiten dafür, dass Gerechtigkeit Zukunft hat. Die neue, alte Wahrheit ist: nur gemeinsam sind wir stark!

Und lasst mich am Ende etwas Persönliches sagen: Irgendwann Mitte der neunziger Jahre bin ich von Leipzig im Zug Richtung Frankfurt gefahren. Irgendwie tauchte in meinem Kopf die Frage auf: Was denn, Kollege Huber, ist der Sinn deines atemlosen Tuns?

Meine Antwort damals und meine Antwort heute heißt:

Es geht nicht darum irgendwelche Utopien ins Leben zu zwingen. Es geht darum, etwas Lebendes zu schaffen. Das ist IG Metall, das ist Gewerkschaft. Wir schaffen Lebendes!

Ich danke Euch!